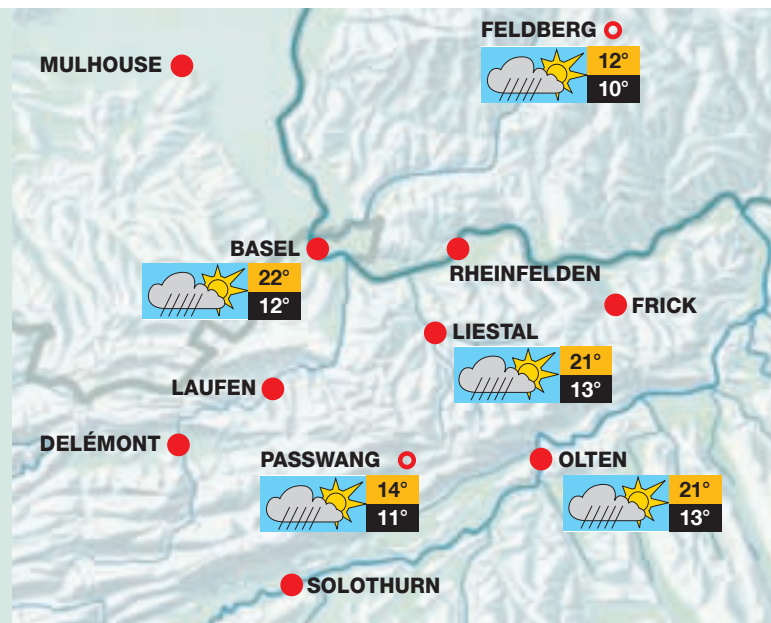


baz.wettbewerb. Wie gut kennen Sie die Region?



AUFLÖSUNG. In unserem Wettbewerb von vergangener Freitag haben wir das Lösungswort **Passwang** gesucht. Auf der Redaktion gingen viele Einsendungen mit dem richtigen Lösungswort ein. Ein baz-Jahresabonnent hat **Rosemarie Plechati** aus **Gerlafingen** gewonnen. Wir gratulieren. Die nächste Chance gibt es erst wieder nach der Euro 2008 in drei Wochen.



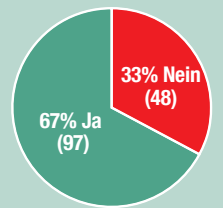
BAZ DIREKT. Haben Sie etwas Aussergewöhnliches erlebt? Möchten Sie die baz über ein Ereignis informieren oder auf ein Thema aufmerksam machen? Wir nehmen Ihre Hinweise gerne entgegen. Sie erreichen die baz-Regionalredaktion in Basel tagsüber unter **061 639 18 73**, abends unter **061 639 18 75** oder per E-Mail **stadt@baz.ch** oder **online@baz.ch**. Leserbriefe senden Sie bitte an **leserbrief@baz.ch**

frage des tages

Braucht es ein neues Atomkraftwerk?

Der Stromkonzern Atel will zwischen Olten und Aarau ein neues Atomkraftwerk (AKW) bauen (vgl. Artikel auf Seite 1). Beim Bundesamt für Energie wurde ein Rahmenbewilligungsgesuch eingereicht. Braucht es ein neues AKW? > www.baz.ch/netzted

DAS ERGEBNIS DER FRAGE VON GESTERN: Gleichzeitige Wahlen in Stadt und Land?



Lesen Sie heute im

Baslerstab

Grosser Test: Wie leicht fällt es den Euro 2008-Gästen in Basler Beizen, auf türkisch oder portugiesisch zu bestellen?
Aufstand: Im Basler Breitequartier formiert sich massiver Widerstand gegen ein Projekt der «Mobilen Jugendarbeit».

«Lex Aldi» stösst auf Widerstand

Unterbaselbieter Gemeinden befürchten eine weitere Schwächung der Ortszentren

MARTIN BRODBECK

Die Baselbieter Regierung will in Gewerbe- und Industriezonen Läden bis zu 1000 Quadratmetern mit einfacher Baubewilligung zulassen. Die Gemeinden könnten Discounter am Ortsrand nicht mehr verhindern.

«Das ist eine Verdrehung von Tatsachen», empört sich FDP-Baufachmann Peter Issler. Und der Reinacher Gemeindepräsident und SP-Landrat Urs Hintermann unterstützt ihn: «Das Ergebnis der Vernehmlassung rechtfertigt das Vorgehen der Regierung nicht.»

Was ist passiert? Im Rahmen der Teilrevision des kantonalen Bau- und Raumplanungsgesetzes schlug die Regierung vor, für Gewerbe- und Industriezonen eine maximale Verkaufsfläche von 500 Quadratmetern zuzulassen. Damit wäre die Rechtsgrundlage etwa für Tankstellenshops oder kleine Verkaufsstellen für im Gewerbegebiet Arbeitende geschaffen worden. Zu klein wäre die Fläche aber für Harddiscounts wie Aldi, Lidl und Co. gewesen. Doch just diese bauen gerne in Gewerbebezonen – das Land ist günstiger als im Ortskern und es können genügend Parkplätze geschaffen werden. Die Läden sind so konzipiert, dass sie knapp unter 1000 Quadratmeter Verkaufsfläche aufweisen. Die Betreiber sichern sich so ein einfaches Baugenehmigungsverfahren ohne langwierige Quartierplanung.

FLEXIBEL. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens hat die Handelskammer beider Basel die Anhebung der Verkaufsfläche auf 1000 Quadratmeter gefordert. Es sei nicht verständlich, Gewerbe- und Industriezonen anders zu behandeln als Wohnzonen. Der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden und die CVP schlugen eine flexible Lösung vor: 1000 Quadratmeter, aber die Möglichkeit für die Gemeinden, diese Fläche in ihren Bestimmungen den örtlichen Gegebenheiten anzupassen. SP und FDP haben sich hingegen klar für 500 Quadratmeter ausgesprochen. Dass dies in der Vorlage der Regierung nicht deutlich zum Ausdruck kommt,



In der Gewerbezone. In Lausen gab es keine Probleme mit der Bewilligung zweier neuer Discounter. Foto Elena Monti

kritisieren Issler (Autor der FDP-Stellungnahme) und Hintermann scharf.

Das Vorgehen der Regierung löst vor allem bei Unterbaselbieter Gemeinden harsche Reaktionen aus. «Wir wollen die Geschäfte in den Ortszentren nicht zusätzlichem Druck aussetzen», so Hintermann. Die Gemeinden wollen sich daher bei Geschäften von über 500 Quadratmetern über das Quartierplanungsverfahren die Mitsprache sichern. Auch Fachleute der Bauverwalterkonferenz wehren sich gegen das Ansinnen. SP-Politiker Hintermann ist überzeugt, dass die Vorlage bereits in der landrätlichen Bau- und Planungskommission nachgebessert wird. Grund: FDP, SP und die ebenfalls opponierenden Grünen sind in der Mehrheit.

Die Auseinandersetzung weist Parallelen zur unendlich langen Geschich-

te des kantonalen Richtplanes auf. Auch damals präsentierte die Regierung zwei Lösungen, die bei Unterbaselbieter Gemeinden und Raumplanungsfachleuten Opposition auslösten. Erst die dritte Variante scheint nun mehrheitsfähig zu sein.

TENDENZEN. Und schon bei den ersten Richtplanentwürfen wurde anstelle von modernen Planungsgrundsätzen eine «Laissez-faire»-Politik betrieben. Wie jetzt wieder. «In der Verwaltung gibt es entsprechende Tendenzen», so Hintermann. Allerdings trügen diese nicht die Handschrift des kantonalen Amtes für Raumplanung. Denn massgebend war auch diesmal wieder der Rechtsdienst der Baudirektion (BUD).

Unbestritten ist, dass gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Grund:

Im geltenden Gesetz werden Verkaufsflächen in Gewerbe- und Industriezonen nicht explizit aufgeführt. Das kantonale Bauinspektorat bewilligt dort dennoch Ladenflächen bis 1000 Quadratmeter. Doch diese Praxis erklärte das Kantonsgericht als nicht gesetzeskonform. Darum soll jetzt die rechtliche Grundlage nachgeliefert werden.

In Lausen wurden dennoch in letzter Zeit zwei Discounter in der Gewerbezone bewilligt, bestätigt Gemeindepräsident Ernst Dill. In beiden Fällen habe es mit den Bewilligungsbehörden keine Probleme gegeben. Beim Lidl-Projekt habe man sogar vorher die Quartierplanung aufgehoben. Ein erstaunliches Phänomen: Denn das Kantonsgerichts-urteil, das diese Gesetzesinterpretation als unzulässig bezeichnet, stammt laut Regierungsvorlage aus dem Jahr 2001.

Basler Gewerbe fordert gleich lange Spiesse

Die Angst vor der Konkurrenz aus dem Baselbiet lässt alte Forderungen laut werden

PETER WALTHARD

Um gegenüber Grossverteilern in Baselbieter Gewerbebezonen nicht ins Hintertreffen zu geraten, fordert der Basler Gewerbeverband eine bessere Verkehrserschliessung.

Die Aussicht, dass die Basler Kunden schon bald mit dem Auto in grosse Aldi-Filialen in der Agglomeration fahren (siehe Artikel oben), sorgt im Stadtkanton für Stirnrunzeln. Grundsätzlich steige damit der Konkurrenzdruck auf die Geschäfte in der Stadt, sagt David

Frey vom Gewerbeverband Basel-Stadt. Wehren wolle man sich gegen den Entscheid der Baselbieter Regierung aber nicht. Vielmehr gehe es nun darum, mit Massnahmen im eigenen Kanton für gleichlange Spiesse zu sorgen.

Frey weiss auch schon wie: «Wir brauchen mehr Parkplätze.» Denn der Vorteil der Discounter in den Gewerbebezonen auf dem Land sei die gute Erreichbarkeit mit dem eigenen Wagen. «Die Leute wollen mit dem Auto einkaufen gehen»,

ist er überzeugt. Aus diesem Grund müsse der Kanton nun so rasch wie möglich handeln. Mit dem Bau eines Parkhauses im Raum Aeschen müsse nun vorwärtsgemacht werden.

MEHR FLÄCHE. Martin Dätwyler von der Handelskammer beider Basel hofft, dass sich der Regierungsrat dem Nachbarkanton anschliesst. «Die Wirtschaft braucht Flächen, auf denen sie sich ungestört entfalten kann», sagt er. Mit dem aktuellen Richtplan gehe Basel-

Stadt aber in eine andere Richtung. Von Seiten der Handelskammer werde man sich vehement dafür einsetzen, dass die Basler Wirtschaft genügend Raum erhalte.

Während Gewerbeverband und Handelskammer nach Massnahmen rufen, gibt man sich bei «Pro Innerstadt» uneinig. «Wir haben den Aldi bereits in der Stadt und keine Probleme damit», sagt Präsident Urs Welten. Die grösste Konkurrenz für die innerstädtischen Geschäfte sieht er oh-

nehin im Ausland. «Dort sind die Discounter wirklich billiger», sagt er. Diesem Druck sei man aber gewachsen, solange die Innenstadt selbst attraktiv bleibe.

Ganz andere Sorgen hat man derweil im Kleinbasel. «Das Einkaufszentrum auf dem Stücki-Areal wird uns mehr treffen», sagt Arthur Marti von der Interessengemeinschaft Kleinbasel. Auch er ist aber überzeugt, dass das Gewerbe in der Stadt den Konkurrenzkampf bestehen wird.

nachrichten

Regierungen wollen Postmarkt öffnen

BASEL/LIESTAL. Die Regierungen der beiden Basel sprechen sich für die vollständige Öffnung des Schweizer Postmarkts aus. Das Restmonopol der Schweizerischen Post soll in zwei Schritten bis 2012 aufgehoben werden. Ausserdem soll die Post in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft umgewandelt werden, fordert die Basler Regierung. Sie spricht sich gleichzeitig für einen allgemein verbindlichen Branchen-Gesamtarbeitsvertrag aus. Die Baselbieter Regierung findet die Anpassung an das europäische Umfeld sinnvoll und erachtet sie als für die Schweizer Wirtschaft notwendig. Sie betont aber, dass sie einer Postmarktöffnung ohne substantielle Grundversorgung nicht zugestimmt hätte.

Velofahrerin schwer verletzt

BASEL. Gestern ereignete sich am frühen Abend an der Heuwaage ein schwerer Unfall. Gemäss Angaben der Polizei stiessen zwei Velofahrer auf der Strasse zusammen. Eine Velofahrerin blieb verletzt am Boden liegen und wurde von einem nahenden Fahrzeug erfasst. Das Opfer wurde unter dem Auto eingeklemmt und musste in einer aufwändigen Aktion geborgen werden. Die Person wurde daraufhin mit erheblichen Verletzungen ins Kantonsspital überführt. Die genaue Unfallursache war gestern noch unklar. Die Tramlinien blieben über eine Stunde unterbrochen. wap

Fahrgast greift Chauffeur tätlich an

LIESTAL. Ein Passagier hat am Montagabend in einem Bus den Chauffeur angegriffen, nachdem dieser ihn wegen Füssen auf dem Sitz zu rechtgewiesen hatte. Der Chauffeur wurde im Gesicht und am Oberkörper verletzt. Zum Angriff kam es in einem Bus der Linie 78, der beim Bahnhof Liestal stand, wie die Polizei mitteilte. Der Täter flüchtete. Zeugen werden gesucht. SDA

ANZEIGE

academia
Sprach- und Lernzentrum

Englischsprachiges
10. Schuljahr

- für Schweizer Jugendliche
- als Vorbereitung auf Lehre,
Berufsmatura oder Gymnasium

Schiffände 3
4051 Basel
Telefon 061 260 20 20
www.academia-basel.ch